



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst in den Blick nehmen III:
Mehr Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst des Freistaates Bayern
bei den Neueinstellungen eine Chance geben**

Der Landtag wolle beschließen:

Um die Beschäftigtenquote von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst zu erhöhen, wird die Staatsregierung aufgefordert, die Anzahl der Stellen nach Art. 6c Haushaltsgesetz, die der Einstellung schwerbehinderter Menschen vorbehalten sind, unbefristet zu verdreifachen.

Begründung:

Art. 6c des Haushaltsgesetzes sieht Stellensperrungen vor, die dann für die Einstellung schwerbehinderter Menschen vorbehalten sind. Die Bayerische Staatsregierung teilt in ihrem Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen mit, dass sich diese Regelung „in den letzten Jahren bewährt hat“. So bewährt diese Regelung ist, so wenig konnte dies dem Absinken der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen entgegenwirken. Um die Beschäftigungsquote zu erhöhen, muss auch bei den Neueinstellungen der Anteil von Menschen mit Behinderungen erhöht werden.